



# BDI

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.



## **Halbzeitbilanz der Aktivitäten von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen**

Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte  
der 18. Wahlperiode



## Vorwort

---

Seit dem 22. Oktober 2013 – also seit rund zwei Jahren – läuft die 18. Legislaturperiode. Zeit für den BDI, Bilanz über die Aktivitäten der Bundesregierung und Koalitionsfraktionen zu ziehen.

Die von den Unternehmen erarbeiteten wirtschaftlichen Kennzahlen und damit auch die steuerlichen Einnahmen innerhalb der ersten beiden Jahre der jetzigen Legislaturperiode waren gut. Diese temporäre Stärke wurde jedoch nicht konsequent von der Bundesregierung genutzt, um Deutschland auch für die Zukunft durch kluge Investitionen in Bildung, digitale Netze und Infrastruktur nachhaltig fit zu machen. Im Gegenteil: Rente mit 63, Entgeltgleichheit, Erbschaftsteuer und weitere Projekte der Bundesregierung schwächen die deutschen Unternehmen. Insbesondere die EEG-Umlage bleibt ein gravierender Wettbewerbsnachteil, der in Zukunft noch dramatischer wird. Es hat sich gezeigt, dass die vom Bundeswirtschaftsministerium versprochene Kostenbremse bei der Energiewende Wunschenken war. Die EEG-Umlage und die Netzkosten steigen – und sie werden weiter steigen, wenn die Politik nicht endlich beherzt gegensteuert. Auch die bisherige Diskussion um die Atomrückstellungen trägt nicht zur Vertrauensbildung bei: Klar ist, dass Politik und Unternehmen einen vernünftigen Prozess zur Abwicklung der Kernenergie zu finden haben. Dabei muss für die Unternehmen und ihre Mitarbeiter eine faire Zukunftsperspektive offen bleiben.

Mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen erschwert die Bundesregierung so den positiven Beitrag der Unternehmen für den Wohlstand unseres Landes. Dabei scheint die deutsche Politik auch nicht im Blick zu haben, dass gerade unsere Industrie mit ihrem einzigartigen Offenheitsgrad abhängig von der Situation in Europa und weltweit ist – sowohl im Positiven wie im Negativen. Die starke Weltmarktposition Deutschlands bei Exporten und bei Auslandsdirektinvestitionen birgt immer die Gefahr, dass globale Negativausschläge sich überproportional stark auf die deutsche Konjunktur niederschlagen. Wir sehen dies aktuell insbesondere bei der Schwäche der großen Schwellenländer, allen voran China.

Gerade jetzt wäre daher mit TTIP eine gute Gelegenheit, im transatlantischen Verhältnis den Handel zu verbessern und hohe gemeinsame Standards einzuführen. Die Bundesregierung, Bundeskanzlerin Merkel und der Bundeswirtschaftsminister Gabriel persönlich, haben sich positiv eingebracht. Leider gibt es nur überschaubare Fortschritte in den Verhandlungen. Insbesondere in den zentralen Bereichen regulatorische Zusammenarbeit, Investitionsschutz und Zugang zu US-Vergabemärkten sind die Verhandlungspartner weit von einer Einigung entfernt. Die Bundesregierung und die anderen EU-Mitgliedstaaten müssen daher den politischen Druck auf die Verhandlungsparteien – US-Regierung und EU-Kommission – erhöhen und auf Verhandlungsfortschritte drängen.

Zu alledem ist in den vergangenen Wochen in unerwarteter Geschwindigkeit und Wucht die Flüchtlingsthematik hinzugekommen. Die deutsche Gesellschaft hat bei anhaltend hohen Flüchtlingszahlen und den daraus resultierenden Herausforderungen gezeigt, dass sie gemeinsam effizient, schnell und beherzt handeln kann. Nun aber muss die Bundesregierung rasch ein schlüssiges Konzept erarbeiten, wie unter Einbeziehung unserer europäischen Partner langfristig mit der Herausforderung umgegangen werden kann, ohne Kommunen und Gemeinden zu überlasten.

Diese und andere Themen werden in der vorliegenden Publikation aufgegriffen. In 20 kurzen und prägnanten Kapiteln bewertet der BDI die bisherige Arbeit der Bundesregierung und Koalitionsfraktionen in unterschiedlichen Feldern und liefert konkrete Handlungsempfehlungen für die zweite Hälfte der 18. Wahlperiode. Hiermit möchte der BDI als Spitzenverband der deutschen Industrie einen konstruktiven Beitrag zur politischen Diskussion in unserem Lande liefern. Für Gespräche stehen wir allen politischen Stellen jederzeit gerne zur Verfügung.



**Ulrich Grillo**  
Präsident  
Bundesverband der Deutsche Industrie e. V.



**Dr. Markus Kerber**  
Hauptgeschäftsführer  
und Mitglied des Präsidiums

## Legende

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



Insgesamt positiv zu bewertendes Vorhaben



Insgesamt negativ zu bewertendes Vorhaben

### Bewertung laufender Vorhaben



Insgesamt positiv zu bewertendes Vorhaben



Insgesamt negativ zu bewertendes Vorhaben



Insgesamt kritisch zu bewertendes Vorhaben

### Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode



Empfehlung einer politischen Maßnahme



Ablehnung einer politischen Maßnahme

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>Digitalisierung und Industrie 4.0</b> .....	<b>6</b>
<b>Investitionen</b> .....	<b>8</b>
<b>Mittelstand und Familienunternehmen</b> .....	<b>10</b>
<b>Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik</b> .....	<b>12</b>
<b>Steuerpolitik und öffentliche Finanzen</b> .....	<b>14</b>
<b>Energiepolitik</b> .....	<b>16</b>
<b>Klimapolitik</b> .....	<b>18</b>
<b>Umwelt-, Technik- und Nachhaltigkeitspolitik</b> .....	<b>20</b>
<b>Verkehrspolitik</b> .....	<b>22</b>
<b>Rechtspolitik</b> .....	<b>24</b>
<b>Verbraucherpolitik</b> .....	<b>26</b>
<b>Wettbewerb und öffentliche Aufträge</b> .....	<b>28</b>
<b>Forschung und Innovation</b> .....	<b>30</b>
<b>Rohstoffpolitik</b> .....	<b>32</b>
<b>Sicherheitspolitik</b> .....	<b>34</b>
<b>Gesundheitswirtschaft und Gesundheitspolitik</b> .....	<b>36</b>
<b>Europa</b> .....	<b>38</b>
<b>Globalisierung und Welthandel</b> .....	<b>40</b>
<b>Internationale Märkte</b> .....	<b>42</b>
<b>Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	<b>44</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>46</b>

## Digitalisierung und Industrie 4.0

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### **Versteigerung Mobilfunkfrequenzen**

Versteigerung wurde zügig angegangen +++ Frequenzen wichtig für Ausbau mobiles Breitband (speziell in ländlichen Räumen) +++ Erlöse zur Förderung Breitband/Digitalisierung



#### **Erweiterung der Plattform Industrie 4.0**

Begleitung der Plattform durch die Politik sinnvoll +++ Ausrichtung und Inhalte sollten weiterhin im Verantwortungsbereich der Industrie bleiben



#### **IT-Sicherheitsgesetz**

Meldepflichten sollen Sicherheitslage erhöhen +++ Rechtsverordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen eng mit der Industrie abstimmen +++ IT-Sicherheitsgesetz muss mit derzeit verhandelten EU-Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) konform sein

### Bewertung laufender Vorhaben



#### **Reform der Störerhaftung WLAN**

Offene WLANs sind wichtige Treiber der Digitalisierung +++ Komplizierte Haftungsfreistellungen könnten Anzahl offener WLANs verringern



#### **Errichtung von Kompetenzzentren für Industrie 4.0**

Sinnvolle Orientierungshilfe vor allem für den Mittelstand +++ Erhöhung der Anzahl der Zentren wünschenswert



#### **Digitaler Binnenmarkt**

Digitalisierung bietet Europa wichtige Wachstumschancen +++ Digitaler Binnenmarkt mit einheitlichen Regeln notwendig +++ Richtige Rahmenbedingungen für konsequenten Breitbandausbau

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Kostensenkungs-Richtlinie umsetzen

- EU-Richtlinie fördert Breitbandausbau durch Nutzung von Synergieeffekten
- Richtlinie sieht eine Umsetzungsfrist bis zum 1.1.2016 vor



- Investitionsbedarf in Deutschland für flächendeckendes Glasfasernetz beträgt ca. 90 Mrd. Euro<sup>1</sup>
- Kostensenkungsrichtlinie kann Baukosten um bis zu 30 Prozent reduzieren<sup>2</sup>

### Forschung zu Industrie 4.0 und IT-Sicherheit stärken

- Leuchtturmprojekte fördern
- Steuerliche Forschungsförderung einführen
- Industrielle Gemeinschaftsforschung stärken



- Industrie 4.0 erhöht Produktivität vieler Branchen bis 2025 um ca. 30 Prozent<sup>3</sup>
- Erfolgreiche digitale Transformation der Industrie kann Wertschöpfungszuwachs von bis zu 425 Mrd. Euro in Deutschland bis zum Jahr 2025 bringen<sup>4</sup>
- Wirtschaftlicher Schaden durch Cyberkriminalität: 50 Mrd. Euro p. a. (hohe Dunkelziffer), Tendenz steigend. Daher Forschungsaktivitäten bei IT-Sicherheit erhöhen<sup>5</sup>

### Transatlantischer Datenaustausch

- Aufhebung der Safe Harbor-Entscheidung der KOM durch den EuGH führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, ob und wie personenbezogene Daten in die USA transferiert werden können
- Politik auf beiden Seiten des Atlantiks ist zum schnellen Abschluss eines rechtmäßigen Folgeabkommens aufgefordert



<sup>1</sup> TÜV Rheinland (2013). Szenarien und Kosten für eine kosteneffiziente flächendeckende Versorgung der bislang noch nicht mit mindestens 50 Mbit/s versorgten Regionen. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/kostenstudie-zum-breitbandausbau,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>2</sup> Ibid.

<sup>3</sup> BITKOM & Fraunhofer IAO (2014). Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland. URL: [https://www.bitkom.org/Publikationen/2014/Studien/Studie-Industrie-4-0-Volkswirtschaftliches-Potenzial-fuer-Deutschland/Studie-Industrie\\_40.pdf](https://www.bitkom.org/Publikationen/2014/Studien/Studie-Industrie-4-0-Volkswirtschaftliches-Potenzial-fuer-Deutschland/Studie-Industrie_40.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>4</sup> Roland Berger (2015). Die Digitale Transformation der Industrie. URL: [http://www.rolandberger.de/media/pdf/Roland\\_Berger\\_Die\\_digitale\\_Transformation\\_der\\_Industrie\\_20150315.pdf](http://www.rolandberger.de/media/pdf/Roland_Berger_Die_digitale_Transformation_der_Industrie_20150315.pdf). [Aufgerufen am 14.10.2015].

<sup>5</sup> BITKOM Research (2015). Digitale Wirtschaftsspionage, Sabotage und Datendiebstahl. URL: [https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-PIs/2015/04-April/Digitale-Angriffe-auf-jedes-zweite-Unternehmen/BITKOM\\_Charts\\_PK\\_Digitaler-Wirtschaftsschutz\\_16\\_04\\_2015\\_final.pdf](https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-PIs/2015/04-April/Digitale-Angriffe-auf-jedes-zweite-Unternehmen/BITKOM_Charts_PK_Digitaler-Wirtschaftsschutz_16_04_2015_final.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Investitionen

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Investitionsstrategie der Bundesregierung

Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland +++ Erhöhung der öffentlichen Investitionen



#### Dritte Staffel ÖPP im Fernstraßenbau

Mindestens zehn neue Projekte, die realisiert werden +++ Gesamtinvestitionsvolumen von 14 Mrd. Euro für Neubau, Erhalt und Betrieb +++ Eine von der Verfügbarkeit der Strecke abhängige, nutzerorientierte Vergütung

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Private Investitionstätigkeit

Niveau der privaten Investitionen soll erhöht werden +++ Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission „Investitionen in Deutschland stärken“



#### Investitionen in die Verkehrswege

Investitionshochlauf positiv +++ Die mindestens notwendigen 14 Mrd. Euro p.a. werden dennoch nicht erreicht +++ Strukturelle Unterfinanzierung bleibt +++ Mehr Ehrgeiz in der Verkehrspolitik



#### Stromnetzausbau

Muss weiter vorangetrieben werden +++ Planungs- und Genehmigungsverfahren optimieren +++ Priorisierte Erdverkabelung und neue Trassenverläufe werden zu Verzögerungen und Kostensteigerungen führen

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Private Investitionen stärken

- Maßnahmenpaket für die Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland ausarbeiten und beschließen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen, gezielte steuerliche Anreize, Förderung von (insbesondere innovativen) Startups



- Die private Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe (reale Nettoausstattungsinvestitionen/realer Nettokapitalstock in Ausrüstungen) nahm im Zeitraum 1991 bis 2012 um vier Punkte auf nur einen Punkt im Jahr 2012 ab und ist nur noch ein Viertel so groß wie im Jahr 1991<sup>6</sup>
- Auch in den großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes sinkt die Investitionsintensität

### Breitbandausbau fördern

- Breitbandausbau sollte privatwirtschaftlich erfolgen
- Um flächendeckende Versorgung zu gewährleisten, sind Bundesmittel in dünn besiedelten Regionen erforderlich
- Förderung sollte transparent und anreizorientiert erfolgen



- Um die Ausbauziele der Bundesregierung (50 Mbit/s bis 2018) zu erreichen, sind – in Abhängigkeit von der genutzten Technologie – Investitionen von 25 bis 95 Mrd. Euro notwendig<sup>7</sup>

### Planungssicherheit im Energiesektor erhöhen

- Regulatorische Unsicherheiten vermeiden
- Netz- und Erzeugungsinvestitionen systemdienlicher ausrichten
- Investitionen in Energieeffizienz stärken



- Energiewende erfordert Investitionen von insgesamt geschätzten 31 bis 38 Mrd. Euro p. a. bis zum Jahr 2020<sup>8</sup> – Erdverkabelung wird erforderliche Investitionen ab 2016 weiter erhöhen

<sup>6</sup> Destatis, BDI (eigene Berechnungen).

<sup>7</sup> TÜV Rheinland (2013). Szenarien und Kosten für eine kosteneffiziente flächendeckende Versorgung der bislang noch nicht mit mindestens 50 Mbit/s versorgten Regionen. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/kostenstudie-zum-breitbandausbau,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>8</sup> DIW (2013). Energiewende erfordert hohe Investitionen (DIW Wochenbericht Nr. 26.2013). URL: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.423526.de/13-26-4.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.423526.de/13-26-4.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015]. DIW Bericht aus 2013, geplante Gesetzesänderung durch Energieleitungsbaugesetz sowie damit verbundene weitere erforderliche Investitionen im DIW Bericht nicht berücksichtigt.

## Mittelstand und Familienunternehmen

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Mindestlohn erhöht Kosten und Bürokratiebelastung +++ „Mütterrente“ belastet Sozialsysteme +++ „Rente mit 63“ verschärft Fachkräftemangel



#### EEG-Reform 2014

Umfassendes Konzept fehlt weiterhin +++ Investitionsunsicherheit für energieintensive Mittelständler bleibt +++ Kostenanstieg langsamer, aber nicht gestoppt



#### Frauenquote

Beeinträchtigt Eigentümerrechte +++ Umsetzung bleibt verfassungsrechtlich fraglich +++ Greift Besonderheiten in Klein- und Kleinstgremien nicht auf

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Unternehmensnachfolge

Übergeber und Nachwuchs besser zusammenführen +++ Erbschaftsteuer mittelstandsfreundlich regeln +++ Unternehmen, Investitionen und Arbeitsplätze sichern



#### Wagniskapitalgesetz

Investitionsstandort Deutschland für „Venture Capital“ attraktiver machen +++ Steuerliche und regulatorische Hemmnisse ausräumen +++ Bisherige Überlegungen unzureichend



#### Infrastruktur

Digitale Infrastruktur ausbauen +++ Verkehrswege ertüchtigen +++ Ländliche Regionen besser an Ballungszentren anbinden

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Bürokratie verhindern

- CSR-Richtlinie eng umsetzen
- Unternehmensstrafrecht in der Schublade lassen
- Erbschaftsteuer administrierbar halten



→ Seit Beginn der Erfassung des Erfüllungsaufwands im Jahre 2011 ist dieser im Saldo um insgesamt 11,8 Mrd. Euro gestiegen (davon trägt die Wirtschaft mit 93 Prozent die größte Belastung)<sup>9</sup>

### Märkte öffnen

- Gezielte Außenwirtschaftsförderung fortentwickeln
- Freihandels- und Investitionsabkommen vorantreiben
- Doppelbesteuerungsabkommen abschließen



→ Rund 80 Prozent der großen Familienunternehmen exportierten 2014 ihre Waren und Dienstleistungen ins Ausland<sup>10</sup>  
 → Rund 74 Prozent der großen Familienunternehmen, die bereits jetzt auf dem amerikanischen Markt unterwegs sind, erwarten Erleichterungen bei der Zollabfertigung durch TTIP<sup>11</sup>

### Digitalisierung ermutigen

- Infrastruktur in Regionen ausbauen
- Regeln für Datensicherheit konsistent formulieren<sup>12</sup>
- Wachsenden Innovations- und Investitionsdruck berücksichtigen



→ Größte Herausforderungen der Digitalisierung in mittelständischen Unternehmen<sup>13</sup>:  
 → Datensicherheit: 73,4 Prozent  
 → Verfügbarkeit digitale Infrastruktur: 49,6 Prozent  
 → Fehlendes Know-how Mitarbeiter: 45,0 Prozent

<sup>9</sup> Nationaler Normenkontrollrat (2015). *Chancen für Kostenbegrenzung verbessert. Digitale Chancen tatsächlich nutzen!* (Jahresbericht 2015). URL: [http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2015-10-012\\_nkr\\_jahresbericht\\_2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2015-10-012_nkr_jahresbericht_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=6). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>10</sup> BDI & Deutsche Bank (2015). *Die größten Familienunternehmen in Deutschland, Frühjahrsbefragung 2015*. URL: [http://www.ifm-bonn.org/uploads/tx\\_ifmstudies/BDI-Familienunternehmen-Fruerjahr-2015.pdf](http://www.ifm-bonn.org/uploads/tx_ifmstudies/BDI-Familienunternehmen-Fruerjahr-2015.pdf). [Aufgerufen am 22.10.2015].

<sup>11</sup> *Ibid.*

<sup>12</sup> BDI (2015). *Faktencheck Mittelstand und Familienunternehmen*. [http://bdi.eu/media/presse/publikationen/mittelstand-und-familienunternehmen/Faktencheck\\_Mittelstand\\_Familienunternehmen\\_230915.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/mittelstand-und-familienunternehmen/Faktencheck_Mittelstand_Familienunternehmen_230915.pdf). [Aufgerufen am 22.10.2015].

<sup>13</sup> BDI & PwC (2015). *Mittelstandspanel: Die Digitalisierung im Mittelstand (1/2015)*. URL: [http://bdi.eu/media/presse/publikationen/mittelstand-und-familienunternehmen/Mittelstandspanel\\_1-2015.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/mittelstand-und-familienunternehmen/Mittelstandspanel_1-2015.pdf). [Aufgerufen am 22.10.2015].

## Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben

**Tarifeinheit**

Wichtiger Beitrag zur Stärkung der Tarifautonomie +++ Zerfaserung der Tariflandschaft verhindert

**Mindestlohn**

Gesetzlicher Mindestlohn bedeutet tiefgreifenden Eingriff in Tarifautonomie +++ Auftraggeberhaftung weiter problematisch

**„Mütterrente“**

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe – hätte vollständig aus allgemeinem Steueraufkommen finanziert werden müssen +++ „Schwarze Null“ auf Kosten der Beitragszahler

**„Rente mit 63“**

Bisherige Anstrengungen zur Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in großen Teilen zunichte gemacht

### Bewertung laufender Vorhaben

**Zeitarbeit/Werk-/Dienstverträge**

Ausreichend geregelt +++ Zeitarbeit als Brücke in ersten Arbeitsmarkt erhalten +++ Bewährte Arbeitsteilung durch Werk-/Dienstverträge sichern

**Fachkräftesicherung**

Bildungs-, Mobilisierungs- und Zuwanderungsoffensive notwendig +++ Nutzung heimischer Potenziale (Frauen, Ältere, junge Menschen, Migranten etc.) plus Zuwanderung

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Zuwanderungsrecht weiterentwickeln und Umsetzung verbessern

- Verfahren im Zuwanderungsrecht vereinheitlichen, optimieren und transparenter gestalten
- Zusammenarbeit der beteiligten Behörden verbessern
- Potenzialzuwanderung ausbauen
- Zuwanderungsmöglichkeiten im Ausland bekannter machen



- 2014 wurden in Deutschland 11.848 Blaue Karten EU (Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten) erteilt<sup>14</sup>
- Die meisten Blauen Karten erhielten Personen aus Indien, China, der Russischen Föderation sowie aus der Ukraine und den USA

### Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt voranbringen

- Anerkannte Verfolgte und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive schnellstmöglich in Schule, Ausbildung und Beschäftigung bringen
- Sprachförderung und Integrationsangebote ausbauen
- Planungssicherheit mindestens für die gesamte Dauer von Ausbildung und Studium garantieren
- Weitere Lockerungen bei der Vorrangprüfung umsetzen
- Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit aufheben



- Von Januar bis September 2015 haben insgesamt 303.443 Personen in Deutschland Asyl beantragt<sup>15</sup>
- Die zehn Hauptherkunftsländer waren Syrien, Albanien, Kosovo, Serbien, Irak, Afghanistan, Mazedonien, Eritrea, Bosnien-Herzegowina und Pakistan

### Arbeitsmarkterfolge absichern

- Reformen der „Agenda 2010“ nicht zurückdrehen
- Befristete Beschäftigung, Zeitarbeit, Werk- und Dienstverträge als flexible Beschäftigungsformen erhalten
- Langzeitarbeitslose besser in 1. Arbeitsmarkt integrieren



- Sozialversicherungspflichtige Jobs um fast 4 Mio. gestiegen (12/05 bis 12/14)  
--> Normalarbeitsverhältnis dominiert nach wie vor<sup>16</sup>

<sup>14</sup> BAMF (2015). Statistiken – Zahlen zur Blauen Karte EU. URL: <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/BlaueKarteEU/blaue-karte-eu-node.html>. [Aufgerufen am 20.10.2015].

<sup>15</sup> BAMF (2015). Sehr hoher Asylzugang im September. URL: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151007-asylgeschaeftsstatistik-september.html?jsessionid=BBF29E3B34E2E8D44DC225955D8E55F8.1\\_cid359](http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151007-asylgeschaeftsstatistik-september.html?jsessionid=BBF29E3B34E2E8D44DC225955D8E55F8.1_cid359). [Aufgerufen am 20.10.2015].

<sup>16</sup> IW Köln (2015). Fast überall eitel Sonnenschein (Iwd Nr. 32). URL: <http://www.iwkoeln.de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/arbeitsmarkt-fast-ueberall-eitel-sonnenschein-236774?highlight=Normalarbeitsverh%25C3%25A4ltnis>. [Aufgerufen am 20.10.2015].

## Steuerpolitik und öffentliche Finanzen

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Zollkodexanpassungsgesetz – Jahressteuergesetz (JStG) 2015

Übereilte Umsetzung künftig vermeiden +++ Umfassende Diskussion mit allen Beteiligten im 1. Halbjahr 2016 als Basis für Verabschiedung des JStG sicherstellen



#### Strafbefreiende Selbstanzeige (§ 371 AO)

Undifferenzierte Verschärfung +++ Mängel teilweise durch Ausnahmeregelung von Vollständigkeitsgebot behoben +++ Weiterhin ungelöste Probleme

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Erbschaftsteuerreform

Verfassungskonforme Nachbesserungen erforderlich +++ Politik muss mittelständische Unternehmenslandschaft schützen +++ Liquidität in Unternehmen nicht künstlich von Verschonung ausgrenzen



#### Investmentbesteuerung

Reform darf nicht zu Mehrbelastungen führen +++ Gewerbliche Personengesellschaften als Anleger von Spezialfonds zulassen +++ Schlechterstellung des Mittelstandes verhindern



#### Abgrenzung der Berichtigung (§153 AO) zur Selbstanzeige

Rechtsunsicherheit beseitigen +++ Erklärungs- und Berichtigungspflicht eindeutig festlegen +++ Kriterien in Betriebsprüfungsordnung spiegeln



#### Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

Besteuerungsverfahren insgesamt unternehmenspraxisgerecht ausgestalten +++ Erleichterungen auch für Steuerpflichtige schaffen +++ Umsetzungsfrist einplanen

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Öffentliche Haushalte trotz Einnahmerekords weiter konsolidieren

- Bund-Länder-Finzen neu ordnen
- Auslaufen des „Soli“ in den Blick nehmen
- Steuermehrbelastungen vermeiden, Finanztransaktionssteuer ablehnen



- Bis 2019 sind über 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen zu erwarten<sup>17</sup>
- Industrie ist Garant für diesen haushaltspolitischen Erfolg und trägt maßgeblich zum Wohlstand des Landes bei

### OECD/G20-Projekt BEPS achtsam vorantreiben

- Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen vermeiden
- Eng mit Aktivitäten auf EU-Ebene abstimmen
- Vermeidung der Doppelbesteuerung weiter fokussieren



- Risiken überwiegen Chancen
- Keine noch über OECD-Empfehlungen hinausgehenden Maßnahmen
- Handlungsbedarf im deutschen Steuerrecht gering: Abwehrregelungen sind bereits äußerst strikt

### Unternehmenssteuern reformieren

- Einheitliche Bemessungsgrundlage für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer schaffen
- Gewerbesteuer: keine ertragsunabhängigen Elemente zulassen



- Durch Hinzurechnungsbeträge bei Ermittlung des Gewerbeertrags droht Substanzbesteuerung
- Ziel muss weiter eine Steuerbelastung unter 30 Prozent bleiben

<sup>17</sup> BDI (eigene Berechnung), basierend auf BMF (2015). *Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2019*. URL: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/07/2015-07-16-PM29-Anlage.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/07/2015-07-16-PM29-Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=1). [Aufgerufen am 22.10.2015].

## Energiepolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### EEG-Reform 2014

Fortentwicklung des EEG und Umsetzung von EU-Vorgaben +++ Entlastungen von EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen in großen Teilen beibehalten; unzulängliche Regelung bei Eigenstrom



#### Energiedienstleistungs-Gesetz

Umsetzung der EU-Richtlinie +++ Einführung Energieaudit-Pflicht für Nicht-KMU +++ Praxisnahe Umsetzung im Rahmen der EU-Vorgaben +++ Jedoch erhöhter Bürokratieaufwand

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Strommarktdesign

Insgesamt auf gutem Weg +++ Stärkung optimierter Strommarkt positiv +++ In Teilen weitere Konkretisierungen notwendig +++ Vorsicht bei Gestaltung von Umlagen



#### Energieeffizienz-Netzwerke

Praxisnahes Instrument zur wirtschaftlichen Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen +++ Gute Kooperation zwischen Bundesregierung und Wirtschaft



#### Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Schönrechnen durch Bezug des KWK-Ausbauziels von 25 Prozent auf thermische Stromerzeugung +++ Diskriminierung von Eigenerzeugung +++ Minimale Planungssicherheit durch Evaluierung in 2017



#### Energieleitungsbaugesetz

Vorrang von Erdverkabelung gegenüber Freileitung bei Gleichstromtrassen teuer +++ Neue Trassenplanung und Genehmigung erforderlich

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Dauerhafte Entlastungen von EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen und für Eigenstromerzeugungsanlagen bestätigen

- EEG-Umlage bedeutet zusätzliche Belastungen für deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich
- Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nicht durch weitere Belastung von Unternehmen schwächen



→ Wegfall der Entlastungen von EEG-Umlage hätte negative gesamtwirtschaftliche Effekte von 4 Mrd. Euro und würde bis zu 45.000 Arbeitsplätze kosten<sup>18</sup>

### Ziele, Instrumente und Maßnahmen den Realitäten anpassen

- Ziele und Instrumente passen oftmals nicht zu den Realitäten und konkurrieren zu oft (z. B. Stromeinsparvorgaben vs. wachsende Flexibilität von Einspeisung und Verbrauch)
- Daher bessere Abstimmung notwendig (z. B. Aufgabe des Ziels der Stromeinsparung)



→ Bisheriges Ziel: Stromverbrauch bis 2050 um 25 Prozent senken  
→ Prognose Bundesnetzagentur: konstanter Stromverbrauch bis 2025<sup>19</sup>

### Klassische Energieversorger im Konzept zur Finanzierung „Kernenergieausstieg“ ausreichend berücksichtigen

- Kommission für Finanzierung des Kernenergieausstiegs etabliert
- Soll prüfen, wie Restbetrieb der Kernkraftwerke und deren Stilllegung und Rückbau sowie die Lagerung der radioaktiven Abfälle finanziell gewährleistet werden kann



→ Klassische Energieversorger wichtige Säule des künftigen Energiesystems  
→ Weiterhin Wissensträger und Rückgrat für Energieversorgung

<sup>18</sup> Fraunhofer-ISI & Ecofys (2015). *Stromkosten der energieintensiven Industrie – ein internationaler Vergleich*. URL: [http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/x/de/projekte/Strompreiswirkung\\_330639/Industriestrompreise\\_Abschlussbericht.pdf](http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/x/de/projekte/Strompreiswirkung_330639/Industriestrompreise_Abschlussbericht.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>19</sup> Bundesnetzagentur (2015). *Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan 2025*. URL: [http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Delta/Szenariorahmen/Szenariorahmen\\_2025\\_Genehmigung.pdf?jsessionid=103E9C2D91E96DE99788C553179BA61C?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Delta/Szenariorahmen/Szenariorahmen_2025_Genehmigung.pdf?jsessionid=103E9C2D91E96DE99788C553179BA61C?__blob=publicationFile). [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Klimapolitik

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben

**Ambitionierte EU-Ziele für 2030**

Vorreiterrolle für internationales Klimaabkommen +++ Unklare Lastenverteilung zwischen Mitgliedstaaten +++ Zusatzbelastung für Industrie in Deutschland

**Backloading im EU-Emissionshandel**

Einmaliger Eingriff +++ Keine dauerhafte Stilllegung von Zertifikaten +++ Nachteile für betroffene Unternehmen wohl vermieden

### Bewertung laufender Vorhaben

**Nationales 40-Prozent-Ziel, Zieltrias, Klimabeitrag**

Keine nationale Zusatzlasten +++ Verunsicherung und Abschreckung von Investoren +++ Europäischer Emissionshandel als Leitinstrument

**Ambitioniertes weltweites Klimaschutzabkommen**

Vorreiterrolle muss Nachahmer finden +++ Globales „Level Playing Field“ wohl illusorisch +++ Deutsche Wirtschaft befürwortet verbindliches Abkommen

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Verkraftbare EU-Emissionshandelsreform gewährleisten

- Minderungsvorgaben am Machbaren orientieren
- Carbon Leakage-Schutz und Strompreiskompensation erhalten und ausbauen
- Wachstum ermöglichen



- Ab 2021 Absenkung der Anzahl der jährlichen Emissionszertifikate von ca. 2 Mrd. bis 2030 auf rund 1,3 Mrd. --> enorme finanzielle Mehrbelastung für deutsche Unternehmen
- EU-Kommission will Carbon Leakage-Schutz (freie Zuteilung von Zertifikaten) der Industrie schrittweise aufweichen, auch für Unternehmen die neueste Klimaschutztechnologien einsetzen

### Klimaschutzplan 2050 – konsistent, realistisch und mit der Wirtschaft ausgestalten

- Zahlreiche Inkonsistenzen bei Zielen und Instrumenten vorhanden
- Gleichrangigkeit von Klimaschutz und Wachstum nicht sichergestellt
- Klimapolitische Kleinstaaterei verschwendet knappe Finanzressourcen



- Klimaschutzpläne auf drei Ebenen: EU, Bundesregierung, Bundesländer
- Mindestens zehn parallele Klimaschutzpläne der Bundesländer: enormer Aufwand für Unternehmen, da Zeithorizont und Zielsetzung nicht konsistent

## Umwelt-, Technik- und Nachhaltigkeitspolitik

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Novelle der Betriebssicherheitsverordnung

Weithin praxistaugliche Anpassung +++ Eigentlich nicht erforderliche Änderungen im Explosionsschutz führen zu hohem Umstellungsaufwand

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Umsetzung Seveso III-Richtlinie

Weit über EU-Vorgaben hinausgehend +++ Gefahr für Erhalt und Ausbau von Industriestandorten



#### Fortschreibung Deutsches Ressourceneffizienzprogramm

Überwiegend freiwillige Maßnahmen +++ Politische Ziele zur absoluten Absenkung des Ressourceneinsatzes gefährden Wirtschaftswachstum



#### Mantelverordnung

Ökologisch fragwürdige Verschärfungen erzeugen erhebliche Kosten +++ Zielkonflikt mit Kreislaufwirtschaft +++ Rechtsunsicherheit aufgrund fehlender Regelung



#### Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte

Übertriebene NGO-Forderungen +++ Menschenrechtssituation zu negativ dargestellt +++ Keine Ausweitung von Klagerechten



#### Wertstoffgesetz

Systembruch vermeiden +++ Erweiterung der Produktverantwortung auf Waren nur bei gleichzeitiger privatwirtschaftlicher Organisationsverantwortung

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Moderne Kreislaufwirtschaft fortentwickeln

- Kommunalisierung der Wertstoffentsorgung ausschließen
- Kosteneffizientes Entsorgungssystem auf Waren erweitern
- Wettbewerb, Produktverantwortung, Duale Systeme und Recycling stärken



- Bestehendes privatwirtschaftliches System erfasst bereits einen großen Teil der Wertstoffe aus Nichtverpackungen
- Systemwechsel für gerade einmal weitere 3 kg/Einwohner p. a. verhindern

### Gebäudeenergieeffizienz, Potenziale für Klimaschutz und Energiewende erschließen

- Konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Energieeffizienz
- Etablierung steuerlicher Anreize und funktionierender Energieberatung
- Fokus auch auf Nichtwohngebäude und Contracting legen
- Technologieoffenheit sicherstellen



- 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs entfällt auf den Gebäudesektor, obwohl eine Reduktion dieses Anteils über 90 Prozent bereits heute technisch umsetzbar wäre
- Ohne Nutzung dieser enormen Effizienzpotenziale wird die Energiewende nicht umsetzbar sein

### Dynamisches statt konservierendes Naturschutzrecht etablieren

- Naturschutz pragmatisch und vollzugsfreundlich gestalten
- Vorgaben verlängern Genehmigungszeit um bis zu 3 Jahre
- Naturschutz auf industriellen Brachflächen ermöglichen



- Ökologie und Ökonomie auf gleicher Stufe fördert Biodiversität durch Flexibilität

## Verkehrspolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Ausweitung LKW-Maut

Notwendige Absenkung +++ Aufstellung auf breiterer Basis +++ Anlastung externer Kosten nicht systemgerecht +++ Neue Achsklassen kontraproduktiv



#### Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II

Mehr Mittel für die Schieneninfrastruktur +++ Mehr Investitionen für den Erhalt +++ Planungssicherheit bis 2019



#### Elektromobilitätsgesetz

Rahmen für Privilegierung von Elektroautos +++ Wichtiger erster Schritt +++ Koordinierte Anwendung in Kommunen erforderlich +++ Weitere Maßnahmen notwendig

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Luftverkehrskonzept

Strategische Entwicklung des Luftverkehrsstandortes +++ Festlegung von wettbewerbsfähigen und umweltpolitisch vertretbaren Betriebszeiten für Flughäfen



#### Bundesverkehrswegeplan

Erhalt vor Neubau +++ Klare Prioritäten für volkswirtschaftlich notwendige Maßnahmen +++ Hohe Umweltbetroffenheit darf kein K.O.-Kriterium sein



#### Eisenbahnregulierung

Ex Ante-Regelung und Rechtssicherheit zu Entgelten wichtig +++ Doppelregulierungen vermeiden +++ Verknüpfung von Entgelten und Regionalisierungsmitteln vermeiden

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Infrastrukturgesellschaft aufbauen

- Planung, Finanzierung, Bau und Erhalt aus einer Hand
- Geschlossener Finanzierungskreislauf Bundesautobahn
- Mehrjährigkeit der Mittel zur Durchfinanzierung von Projekten
- Finanzierung nach dem Lebenszyklusmodell
- Änderung Art. 90 Grundgesetz noch in dieser Wahlperiode



→ Ineffizienzen bei Planung, Bau und Betrieb auf 13.000 km Autobahnen durch 16 Auftragsverwaltungen der Länder

### Luftverkehrsteuer abschaffen

- Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Luftverkehrswirtschaft
- Entzug wichtiger Investitionsmittel für innovative Flugzeuge
- Entgangenes Passagierwachstum



→ Jährliche Kosten von rund 500 Mio. Euro für deutsche Fluggesellschaften<sup>20</sup>  
→ Seit 2010 Passagierminus bei grenznahen deutschen Flughäfen bzw. Wachstum von 35,8 Prozent bei grenznahen ausländischen Flughäfen<sup>21</sup>

### Förderung von alternativen Antrieben und Kraftstoffen vorantreiben

- Forschung und Entwicklung technologieoffen fördern
- Weitere Maßnahmen für Elektromobilität erforderlich (Sonder-AfA, Aufbau Ladeinfrastruktur, Beschaffungsprogramme)



→ 1 Mio. Elektrofahrzeuge bis 2020 nur mit gezielten Maßnahmen erreichbar<sup>22</sup>  
→ 29 Elektro-Serienmodelle deutscher Hersteller Ende 2015 am Markt<sup>23</sup>

<sup>20</sup> BDL (2015). Luftverkehrsteuer. URL: <http://www.bdl.aero/de/themen-positionen/wirtschaft/luftverkehrsteuer/>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>21</sup> Ibid.

<sup>22</sup> NPE (2014). Fortschrittsbericht 2014 – Bilanz der Marktvorbereitung. URL: [http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de/fileadmin/user\\_upload/Redaktion/NPE\\_Fortschrittsbericht\\_2014\\_Barrierefrei.pdf](http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de/fileadmin/user_upload/Redaktion/NPE_Fortschrittsbericht_2014_Barrierefrei.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>23</sup> VDA (2015). IG Metall und VDA: Deutschland zum führenden Anbieter und Markt für Elektroautos machen (Pressemitteilung). URL: <http://archiv.iaa.de/2015/presse/pressemitteilungen/#/pressemitteilung/ig-metall-und-vda-deutschland-zum-fuehrenden-anbieter/543>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Rechtspolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Frauenquote

Politischer Eingriff in unternehmerische Entscheidungen +++ Einheitsquote ignoriert branchenspezifische Unterschiede +++ Sanktionen strenger als im öffentlichen Bereich



#### Ratifizierung UN-Konvention gegen Korruption

Fällige Umsetzung internationaler Vorgaben +++ Effektivere Korruptionsbekämpfung +++ Stärkung der Glaubwürdigkeit deutscher Unternehmen

### Bewertung laufender Vorhaben



#### EU-Datenschutz-Grundverordnung

Schaffung einheitlicher Marktverhältnisse +++ Steigerung von Akzeptanz und Vertrauen in Datenschutz +++ Offenheit für innovative Anwendungen und Dienste notwendig



#### Deutsche Position zur europäischen Einpersonengesellschaft (SUP)

Stärkung der Niederlassungsfreiheit und des Binnenmarkts durch die SUP +++ Derzeit keine supranationale Alternative +++ Konstruktive Haltung erforderlich



#### Syndikusanwälte

Rechtssicherheit bezüglich Status als Rechtsanwalt +++ Austausch zwischen Kanzleien und Wirtschaft weiter ermöglichen +++ Qualität der Rechtsberatung in Unternehmen erhalten



#### Insolvenzrechtliche Vorsatzanfechtung

Ausußernder Anwendungsbereich wird eingeschränkt +++ Rechtssicherheit für redliche Gläubiger im Blick behalten +++ Umsetzung teilweise problematisch

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Kein Unternehmensstrafrecht einführen

- Unnötige Kriminalisierung der Wirtschaft; geltendes Recht bietet ausreichende Möglichkeiten zur Sanktionierung
- Kein Handlungsbedarf im internationalen Vergleich
- Eigeninteresse der Unternehmen an rechtstreuem Verhalten



- Schon jetzt Sanktionen in dreistelliger Millionenhöhe
- Deutschland an zweiter Stelle bei Umsetzung der OECD-Konvention gegen Korruption<sup>24</sup>

### EU-Frauenquote ablehnen

- Unionsrechtlich unzulässig und weder geeignet, erforderlich noch angemessen
- Anwendungsbereich, Zielvorgabe und Verfahren inkompatibel mit aktueller deutscher Gesetzgebung



- Frauenanteil in Aufsichtsräten der DAX30-Unternehmen in Deutschland bereits bei knapp 27 Prozent<sup>25</sup>
- EU-Richtlinie würde kleine und mittlere Unternehmen zur Quote zwingen und schreibt 40 Prozent als Zielgröße vor

### Keine Sammelklagen einführen

- Maßgebliche Umgestaltung anerkannter und bewährter zivil(prozess)rechtlicher Grundsätze
- Hohes Missbrauchspotential
- Schwerwiegende Folgen durch Ausforschungsbeweis, Erfolgshonorare, Strafschadensersatz



- Gefahr amerikanischer Rechtsverhältnisse einer „Klageindustrie“
- Volkswirtschaftlicher Schaden in den USA: ca. 262 Mrd. US\$ jährlich (ca. 820 US\$ pro Einwohner)<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Transparency International (2014). *Progress Report 2014: Assessing Enforcement of the OECD Convention on Combating Foreign Bribery*. URL: [https://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Internationales/Exporting\\_Corruption\\_web.pdf](https://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Internationales/Exporting_Corruption_web.pdf) [Aufgerufen am 14.10.2015].

<sup>25</sup> BDI (eigene Berechnungen).

<sup>26</sup> Institute for Legal Reform (2014). *Economic Consequences – The Real Costs of U.S. Securities Class Action Litigation*. URL: [http://www.instituteforlegalreform.com/uploads/sites/1/EconomicConsequences\\_Web.pdf](http://www.instituteforlegalreform.com/uploads/sites/1/EconomicConsequences_Web.pdf) [Aufgerufen am 15.10.2015].

## Verbraucherpolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Einführung Marktwächter

Marktbeobachtung angesiedelt bei den Verbraucherzentralen: Erkennen – Informieren – Handeln +++ Bereits ausreichende Überwachungsinstrumente vorhanden



#### Gründung Sachverständigenrat für Verbraucherfragen

Evidenzbasierte Analyse und Identifizierung von Zukunftsthemen +++ Jährliches Gutachten +++ Wirtschaft unterrepräsentiert

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Verbandsklagerecht bei Datenschutzverstößen

Schutz schon durch Individualklagen zu erreichen +++ Bestehende Rechtsinstrumente reichen aus +++ Gefahr ungerechtfertigter Reputationsschäden



#### Verbraucherstreitbeilegungsgesetz

Durchsetzung ungerechtfertigter Ansprüche verhindern +++ Keine starren Informationspflichten +++ Schutzgebühr für Verbraucher einführen



#### Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Verbraucher profitieren von Öffnung der Märkte +++ Europäische Richtlinien im Bereich Verbraucher- und Datenschutz sollen erhalten bleiben +++ Standards nicht absenken



#### Umsetzung EU Tabakproduktrichtlinie

Werbeverbot für legales Produkt +++ Entwurf geht über EU-Richtlinie hinaus +++ Werbung für Unternehmen von existenzieller Bedeutung

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Verbraucherbildung ausbauen

- Konsumkompetenz von Kindern und Jugendlichen verbessern
- Verbraucherbildung an Schulen und außerschulischen Lernorten institutionalisieren
- Kultusministerkonferenz bestärken, verbindliche Rahmenrichtlinien für Verbraucherbildung in Schulen zu empfehlen



→ 78 Prozent der Lehrkräfte sieht einen klaren Bildungsauftrag der Schulen, Kinder und Jugendliche in ihrer Rolle als Verbraucher zu stärken<sup>27</sup>

### Nachhaltige Verbraucherpolitik sicherstellen

- Orientierung am Maßstab der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit
- Ausgewogenes Verhältnis zwischen sachlich gebotener Reglementierung und Eigenverantwortung der Unternehmen
- Korrektur von Marktversagen, keine staatliche Konsumlenkung



→ Deutsche Verbraucher sind mit Funktionieren der Märkte für Waren und Dienstleistungen zufriedener als die meisten anderen Europäer<sup>28</sup>  
→ Deutschland erreicht einen Marktperformance-Index von 81,4 (EU-weit: 77,4)

### Aktionismus bei der Umsetzung von EU-Vorgaben verhindern

- „Eins zu eins“ Umsetzung von EU-Vorgaben gewährleisten, „gold-plating“ vermeiden
- Umsetzung darf nicht im Widerspruch zu nationalen Interessen stehen
- Mehr Bürokratie und höhere Kosten sind Nachteile im globalen Wettbewerb



→ Koalitionsvertrag: "Eins zu eins" Umsetzung von EU-Vorgaben, um Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt zu sichern  
→ Anwachsen des Erfüllungsaufwands infolge gesetzlicher Regelungen für die Wirtschaft seit Erfassung 2011 um 11,8 Mrd. Euro (davon trägt die Wirtschaft mit 93 Prozent die größte Belastung)<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Deutsche Stiftung Verbraucherschutz (2013). URL: [https://www.verbraucherstiftung.de/sites/default/files/130309\\_buendnis\\_fuer\\_verbraucherbildung\\_pressemappe.pdf](https://www.verbraucherstiftung.de/sites/default/files/130309_buendnis_fuer_verbraucherbildung_pressemappe.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>28</sup> Europäische Kommission (2014). EU Verbraucherbarometer. URL: [http://ec.europa.eu/consumers/consumer\\_evidence/consumer\\_scoreboards/10\\_edition/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/consumer_evidence/consumer_scoreboards/10_edition/index_en.htm). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>29</sup> Nationaler Normenkontrollrat (2015). Chancen für Kostenbegrenzung verbessert. Digitale Chancen tatsächlich nutzen! (Jahresbericht 2015). URL: [http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2015-10-012\\_nkr\\_jahresbericht\\_2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2015-10-012_nkr_jahresbericht_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=6). [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Wettbewerb und öffentliche Aufträge

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Umsetzung EU-Kartellschadensersatzrichtlinie ins GWB

„Gold-plating“ verhindern +++ Keine Übernahme des europäischen Unternehmensbegriffs  
+++ Keine doppelte Inanspruchnahme des Beklagten



#### Sanktionsmindernde Anerkennung von Compliance-Bemühungen

Prüfauftrag der Bundesregierung +++ Effektive Compliance-Anstrengungen von Unternehmen bei der Kartellbußgeldbemessung honorieren



#### Vergaberechtsmodernisierungsgesetz: Strategische Aspekte

Keine zwingende Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte +++ Sicherung des strikten Auftragsgegenstandsbezugs +++ Keine Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele über Vergaberecht +++ Verhinderung Bürokratieaufbau



#### Vergaberechtsmodernisierungsgesetz: Elektronische Vergabe

Einführung der elektronischen Vergabe wichtig +++ Verlängerte Umsetzungsfristen ausschöpfen +++ Derzeit fehlende Interoperabilität und Standardisierung herzustellen



#### Vergaberechtsmodernisierungsgesetz: Landesvergabegesetze

Landesvergabegesetze abschaffen +++ Erschwerte Teilnahme bundesweit tätiger Unternehmen +++ Immenser Bürokratieaufbau, mangelnde Kontrollmöglichkeiten, Rechtsunsicherheit



#### Vergaberechtsmodernisierungsgesetz: Ausnahmen vom Vergaberecht

Keine Ausweitung der Ausnahmen vom Vergaberecht bei sog. Inhouse-Vergaben und öffentlich-öffentlichen Kooperationen zulasten der Privatwirtschaft über die europäischen Vorgaben hinaus +++ Keine Beschränkung des Wettbewerb zulasten Privatwirtschaft (Wettbewerbsverzerrung)

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter herstellen

- Rekommunalisierung eindämmen
- Finanzielle Risiken zu Lasten des Steuerzahlers vermeiden
- Effizienteren und innovativeren Wettbewerbern Chancen eröffnen
- Keine Steuerbefreiung bei interkommunaler Zusammenarbeit



- Beteiligungen des Bundes (500), der Bundesländer (ca. 3000) und der Kommunen (13.000) an Unternehmen
- Häufung von Insolvenzen bei Stadtwerken seit 2014<sup>30</sup>

### Kartellrechtliche Gebührenaufsicht wiedereinführen

- Abschaffung der kartellrechtlichen Gebührenaufsicht war falsches Signal und löst weitere „Flucht“ in die öffentlich-rechtliche Unternehmensform aus
- Missbrauchsaufsicht entspricht Kundeninteresse an niedrigeren Preisen
- Kommunalaufsicht unzureichend



- Verfahren gegen öffentlich-rechtliche Wasserversorger zeigten unverhältnismäßig hohe Gewinnspannen zu Lasten der Kunden auf<sup>31</sup>

### Öffentlich-private Partnerschaften stärken

- Koalitionsvertrag umsetzen
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern oder Infrastrukturgesellschaften als zusätzliche Beschaffungsvariante nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte wirtschaftlicher umgesetzt werden können



<sup>30</sup> Handelsblatt Research Institute (2015). *Re-Kommunalisierung – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit*. URL: [http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Studie\\_Rekommunalisierung.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Studie_Rekommunalisierung.pdf) [Aufgerufen am 14.10.2015].

<sup>31</sup> *Ibid.*

## Forschung und Innovation

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Kooperationsverbot

Langfristige Kooperation Bund/Länder bei Wissenschaft, Forschung und Lehre erlaubt  
+++ Chancen für Forschungsstandort Deutschland +++ Neue Möglichkeiten jetzt nutzen

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Hightech-Strategie

Weiterentwicklung des bewährten Dialogs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft  
+++ Mehr Beteiligung und Transparenz +++ Zukunftsausrichtung für Deutschland



#### Projektförderung für Mittelstand

Aufwertung Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand gut +++ Steuerliche FuE-Förderung fehlt  
+++ Unterausstattung industrielle Gemeinschaftsforschung negativ

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Steuerliche Forschungsförderung zusätzlich zur bestehenden Projektförderung einführen

- Beseitigt internationalen Standortnachteil
- Branchen- und unternehmensgrößenspezifisch neutral und wachstumsstimulierend
- In Wahlprogrammen von CDU, SPD und Grünen versprochen



- 1 Euro Steuermittel = 1,25 Euro zusätzliche FuE-Aufwendungen im Unternehmen<sup>32</sup>
- Steigerung der FuE-Aktivitäten um ca. 14 Prozent<sup>33</sup>
- Steigerung langfristiger Wachstumsrate des BIP um rund 0,1 Prozent<sup>34</sup>

### Akzeptanz innovativer Technologien fördern

- „Innovationsprinzip“ in Gesetzesfolgenabschätzung einführen, um Auswirkungen von Regulierungen auf die Innovationsfähigkeit in Deutschland strukturiert berücksichtigen zu können
- Dialog zur Akzeptanz der Industrie im Koalitionsvertrag angekündigt; Initiative „Zukunft der Industrie“ enthält erste Umsetzung



- Deutschland bei „Technologieakzeptanz“ unter OECD-Ländern auf letztem Platz<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Spengel, Christoph & Wiegard, Wolfgang (2011). *Ökonomische Effekte der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung*. URL: [http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Oekonomische\\_Effekte\\_einer\\_SFF\\_in\\_Deutschland\\_Spengel\\_Wiegard\\_2011.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschung-technik-und-innovation/Oekonomische_Effekte_einer_SFF_in_Deutschland_Spengel_Wiegard_2011.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>33</sup> *Ibid.*

<sup>34</sup> *Ibid.*

<sup>35</sup> OECD (2013). *OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2013*. URL: <http://dx.doi.org/10.1787/888932890523>. [Aufgerufen am 20.10.2015].

## Rohstoffpolitik

---

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben

**DERA-Rohstoffmonitoring**

Umsetzung des Koalitionsvertrages +++ Wichtiges Tool zur Absicherung des Rohstoffbezugs +++ Orientierung an Informationsbedarf der Unternehmen

### Bewertung laufender Vorhaben

**Neuregelung Erdgasförderung**

Bewährte Erdgasförderung stark eingeschränkt +++ Förderung Schiefergas nur theoretisch möglich +++ Wissenschaftliche Erkenntnisse nicht berücksichtigt

**Freiwillige Zertifizierungssysteme**

Bislang keine Aktivitäten +++ Gleichzeitig gegenläufige Entwicklung auf EU-Ebene

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Erdgasförderung in Deutschland stärken

- Rahmenbedingungen auf Basis wissenschaftlicher Fakten schaffen
- Heimische Rohstoffe nutzen, Versorgungssicherheit erhöhen
- Umweltfreundliche Förder-Technologien „Made in Germany“



- Importabhängigkeit bei Erdgas mittlerweile knapp 90 Prozent<sup>36</sup>
- 300 Fracs in Deutschland durchgeführt – ohne Umweltschäden<sup>37</sup>
- Ca. 8 Mrd. Euro Förderabgaben in den letzten zehn Jahren<sup>38</sup>

### Erarbeitung verbesserter freiwilliger Zertifizierungssysteme zügig umsetzen

- Multi-Stakeholder-Ansatz für Praktikabilität und Effektivität
- Bottom-up Prozess nötig
- BGR-Unterstützung auf weitere Abbauländer ausweiten
- Auch auf EU-Ebene für freiwillige Zertifizierung einsetzen



- EU-Initiative betrifft bis 800.000 Unternehmen<sup>39</sup>
- USA: Compliance-Kosten ca. 500.000 \$ pro Unternehmen und Jahr<sup>40</sup>

### Handelshemmnisse bei Rohstoffen abbauen

- Multilaterale Handelsregeln im Rohstoffsektor weiterentwickeln
- Bilaterale und multilaterale Abkommen für den Abbau von Handelshemmnissen weiter aktiv nutzen
- Einhaltung von internationalen Vereinbarungen einfordern



- Importabhängigkeit bei vielen Primärrohstoffen zu 100 Prozent
- Weltweit über 1000 Exportbeschränkungen für mehr als 400 Rohstoffe<sup>41</sup>
- Anstieg neuer Handelshemmnisse zwischen 2013-2014 um 25 Prozent<sup>42</sup>

<sup>36</sup> WEG (2015). *Fracking und die Zukunft der Erdgasproduktion in Deutschland*. URL: <http://www.erdoel-erdgas.de/Medien/Positionen/Zukunft-der-Erdgasproduktion>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>37</sup> *Ibid.*

<sup>38</sup> *Ibid.*

<sup>39</sup> Europäische Kommission (2014). *Impact Assessment*. URL: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/march/tradoc\\_152229.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/march/tradoc_152229.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>40</sup> Tulane University (2014). *DFA 1502 Post-Filing Survey*. URL: <http://www.payson.tulane.edu/sites/default/files/content/files/TulanePaysonS1502PostFilingSurvey.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>41</sup> OECD (2014). *Export Restrictions in Raw Materials Trade*. URL: <http://www.oecd.org/trade/benefitlib/export-restrictions-raw-materials-2014.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>42</sup> Europäische Kommission (2014). *11th Report on Potentially Trade-Restrictive Measures*. URL: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/november/tradoc\\_152872.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/november/tradoc_152872.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Sicherheitspolitik

---

### Bewertung laufender Vorhaben

**Nationale Wirtschaftsschutzstrategie**

Umsetzung Koalitionsvertrag +++ BDI-initiiert: Gesamtkonzept für Sicherheitskooperation von Staat und Wirtschaft +++ Arbeiten sind im Zeitplan

**Stärkung/Erhalt der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft**

Umsetzung Koalitionsvertrag +++ Dialoge von BMWi und BMVg zur Zukunft der nationalen Verteidigungsindustrie +++ Strategiepapier der Bundesregierung ohne Industriebeteiligung +++ Weiterentwicklung Fortsetzung durch Staat/Industrie notwendig

**Sicherheitspolitisches Weißbuch 2016 der Bundesregierung**

Nationales Grundsatzdokument für Sicherheitspolitik +++ Berücksichtigung der Industrie im Ausarbeitungsprozess ist erfolgt

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Nationalen Wirtschaftsschutz stärken

- Umsetzung der nationalen Wirtschaftsschutzstrategie vorantreiben
- Wirtschaftsschutz als Auftrag der Sicherheitsbehörden festschreiben
- Ressourcen für Wirtschaftsschutz bei Sicherheitsbehörden erhöhen



- Jährliche Schäden durch Spionage, Sabotage und Kriminalität: 80 Mrd. Euro<sup>43</sup>
- Jedes dritte Industrieunternehmen in den vergangenen 24 Monaten betroffen<sup>44</sup>
- Innentäter in Unternehmen verursachen über 50 Prozent aller Schäden<sup>45</sup>

### Schlüsseltechnologien der Sicherheit und Verteidigung stärken

- Nationale Schlüsseltechnologien auf Grundlage klarer Kriterien identifizieren
- Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Unternehmen durch gezielte Maßnahmen bei Beschaffung, Forschung & Entwicklung, Exporten stärken
- Tragfähigen EU-Binnenmarkt ausgestalten



- Schlüsseltechnologien sind für den Schutz von Unternehmen, Infrastrukturen und für Streit-/Sicherheitskräfte unverzichtbar
- Ziel ist die Versorgungssicherheit und Beherrschbarkeit sicherer Systeme
- Eine nationale Autarkie ist weder erreichbar noch erstrebenswert

<sup>43</sup> KPMG (2014). *Wirtschaftskriminalität in Deutschland 2014*. URL: [https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/pdf/2014/12/Wikri-Studie\\_2014\\_sec.pdf](https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/pdf/2014/12/Wikri-Studie_2014_sec.pdf). [Aufgerufen 21.10.2015].

<sup>44</sup> *Ibid.*

<sup>45</sup> *Ibid.*

## Gesundheitswirtschaft und Gesundheitspolitik

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### 13. SGBV-Änderungsgesetz

Weiterhin Zwangsrabatt für Arzneimittelhersteller bei nun 7 Prozent +++ Beibehaltung des Preismoratoriums ohne Inflationsausgleich



#### Versorgungsstärkungsgesetz/Bewertung von Untersuchungs- und Behandlungsmethoden

Innovationsfeindlich +++ Bürokratisch +++ Neue Produkte stehen Patienten nicht schnell zur Verfügung

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Pharmadialog

Arzneimittelforschung, -entwicklung und -produktion am Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig machen +++ Verbesserung Versorgungsqualität +++ Besserer Zugang zu Innovationen sicherstellen +++ Verbesserung von Rahmenbedingungen auch für mittelständische und kleine Pharmaunternehmen



#### E-Health-Gesetz

Beschleunigung des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur für das Gesundheitssystem +++ Schaffung einer Basis für schnelle Verbreitung von digitalen Anwendungen im Gesundheitssystem +++ Keine nachhaltigen Impulse für die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung in Deutschland

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Deregulierung im Gesundheitssystem achtsam angehen

- Restriktionen, die gezielt innovative, patentgeschützte Produkte betreffen, gehören auf den Prüfstand
- Bei der Versorgung der Patienten muss die Qualität von Produkten und Verfahren der Medizintechnik Entscheidungskriterium sein, nicht der Wettbewerb um den billigsten Preis



- Hohe Multiplikatorwirkung der Branche: 16,3 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung in verbundenen Branchen in 2010 durch Vorleistungsbezug<sup>46</sup>
- Rund 11,2 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung durch die partielle Wiederverausgabung von entstandenem Einkommen (2010)<sup>47</sup>

### Fachprogramm Medizintechnik einführen

- Nach Beendigung des Nationalen Strategieprozesses Medizintechnik die Ergebnisse aufnehmen und den Prozess weiterführen
- Prozess an einer bedarfs- und industrieorientierten sowie markteffektiven Forschungsförderung ausrichten



- Anstieg der Bruttowertschöpfung der medizintechnischen- und Humanarzneimittel Industrie von rund 64,9 Prozent (von 15,1 Mrd. auf 24,9 Mrd. Euro im Jahr 2014)<sup>48</sup>

<sup>46</sup> BDI & Wifor GmbH (2013). „Ökonomischer Fußabdruck“ ausgewählter Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft für den deutschen Wirtschaftsstandort (Ergebnisbericht). URL: [http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschungstechnik-und-innovation/FinalFussabdruck\\_A5\\_3.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/forschungstechnik-und-innovation/FinalFussabdruck_A5_3.pdf). [Aufgerufen am 21.10.2015].

<sup>47</sup> Ibid.

<sup>48</sup> BMWi (2015). Die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung für Deutschland. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/die-gesundheitswirtschaftliche-gesamtrechnung-fuer-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Europa

### Bewertung abgeschlossener Vorhaben



#### Bankenunion

Beitrag zur Verbesserung der Finanzmarktstabilität +++ Zahlreiche Ermessensspielräume  
+++ Bankenunion kein Ersatz für Strukturreformen



#### Europäischer Investitionsplan

Potential von 315 Mrd. Euro +++ Chancen für Mittelstand und Großunternehmen +++ Auch  
nicht-finanzielle Investitionshindernisse müssen abgebaut werden

### Bewertung laufender Vorhaben



#### Kapitalmarktunion

Impulse für Investitionen in Europa +++ Erfordert Abbau regulatorischer Hürden +++ Ver-  
zahnung von Kapitalmarktunion und Strukturreformen notwendig



#### Vollendung des Euroraums

Fünf-Präsidenten-Bericht liefert Denkanstöße +++ Stärkung des Europäischen Semes-  
ters sinnvoll +++ Fortschritte auch ohne Vertragsänderungen möglich +++ Weitere Kon-  
vergenz vorher notwendig



#### Bessere Rechtssetzung

Reformvorschlag für kohärente, faktenbasierte EU-Gesetzgebung unterstützen +++ Fol-  
genabschätzungen auch in Rat und EU-Parlament durchführen +++ Transparenz und Kon-  
sultationen stärken



#### Banken- und Finanzmarktregulierung

Stabilisierung des Finanzsystems +++ Inkonsistenzen in der Regulierungsagenda +++ Nega-  
tive Rückwirkungen auf Unternehmensfinanzierung

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Wirtschafts- und Währungsunion stärken

- Kernaspekt im Koalitionsvertrag: Es braucht eine bessere Koordinierung
- Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen muss Fixpunkt bleiben
- Bessere Koordinierung erhöht Wachstumspotential und schafft Stabilität
- Die Vollendung des Binnenmarktes bleibt Daueraufgabe



→ Die Fragmentierung des EU-Binnenmarkts kostet Europa jährlich mindestens 651 Mrd. Euro<sup>49</sup>

### EU-Politik auf Wettbewerbsfähigkeit ausrichten

- Digitalisierung = neue Geschäftsmodelle, ressourceneffizientere Logistik, flexible Arbeitswelt
- Einseitige Belastungen (z. B. im Klimabereich) = Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen
- Koalitionsvertrag: EU soll wieder Heimat einer starken, modernen Industrie werden



→ Industrieanteil auf 15 Prozent der EU-Bruttowertschöpfung zurückgegangen  
→ Verpasst Europa die digitale Transformation, drohen Wertschöpfungseinbußen von 605 Mrd. Euro<sup>50</sup>

### Für Verbleib Griechenlands im Euroraum bzw. des Vereinigten Königreichs in der EU eintreten

- Strukturreformen und Privatisierungen in Griechenland konsequent vorantreiben
- Ohne Briten verliert der Binnenmarkt deutlich an Gewicht
- Britische Kompetenz bei Binnenmarktthemen entscheidend



→ Finanzmarktstabilität und Vertrauen in die griechische Wirtschaft müssen wiederhergestellt werden  
→ Diskussion um EU-Verbleib des Vereinigten Königreichs sollte mit Überlegungen zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zusammengeführt werden  
→ Kein Verbleib um jeden Preis: Sonderregelungen für Griechen und Briten fragmentieren die europäische Integration

<sup>49</sup> Europäisches Parlament (2015). *Mapping the Cost of Non-Europe, 2014-2019*. URL: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS\\_STU\(2015\)536364\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU(2015)536364_EN.pdf). [Aufgerufen am 14.10.2015].

<sup>50</sup> Roland Berger (2015). *Die Digitale Transformation der Industrie*. URL: [http://www.rolandberger.de/media/pdf/Roland\\_Berger\\_Die\\_digitale\\_Transformation\\_der\\_Industrie\\_20150315.pdf](http://www.rolandberger.de/media/pdf/Roland_Berger_Die_digitale_Transformation_der_Industrie_20150315.pdf). [Aufgerufen am 14.10.2015].

## Globalisierung und Welthandel

---

### Bewertung laufender Vorhaben

**Erschließung von Auslandsmärkten**

Instrumente der Außenwirtschaftsförderung werden weiterentwickelt und finanziell gestärkt

**Ausweitung der Hermesdeckung**

Ausweitung für öffentliche Besteller in ausgewählten Ländern Subsahara-Afrikas +++ Selbstbehalt liegt bei 10 Prozent

**Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)**

Bundesregierung und Industrie setzen sich für ambitionierten Abschluss ein +++ Öffentliche Meinung jedoch zunehmend kritisch

**Freihandelsabkommen der EU**

Zuständigkeitsfragen zwischen EU und Mitgliedsstaaten und Investitionsschutz-Debatte in Deutschland verzögern Fortschritte (z. B. mit Singapur und Kanada)

**Welthandelsorganisation (WTO)**

Vereinbarungen zu Handelserleichterungen und Informationstechnologie positiv +++ Scheitern der Doha-Runde droht +++ Protektionismus nimmt zu

**EG-Dual-Use-Reform**

Aus sicherheits- und ordnungspolitischer Sicht sind vorgeschlagene Instrumente ungeeignet +++ Unternehmen werden außenpolitische Entscheidungen abverlangt

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Welthandelsorganisation stärken, Protektionismus bekämpfen

- Mehr politischer Einsatz für Abschluss der Doha-Runde notwendig
- G20- und WTO-Maßnahmen gegen Protektionismus effektiver gestalten



- Nur neue WTO-Regeln können Marktzugang in über 160 Ländern verbessern
- Seit Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 steigt Zahl protektionistischer Maßnahmen in G20-Staaten stetig an

### Hermesdeckung für eine internationalisierte Exportwirtschaft ausweiten

- Zulässige Auslandsanteile auf Basis klarer Kriterien auf 75 Prozent anheben
- Stufe 1 und 2 für zulässige Auslandsanteile bei Hochrisikoländern zulassen
- Erhöhung der Auslandsanteile
- Spürbare Erhöhung des deckungsfähigen Anteils lokaler Kosten



- Wirtschaftlicher Wohlstand und Lage am Arbeitsmarkt hängen vom Export ab
- Verschiebung in den Produktionsstandorten
- Beibehaltung der jetzigen Deckungspolitik gefährdet Arbeitsplätze

### EG-Dual-Use-Reform gezielt begleiten

- Große Reform nicht notwendig, nur Anpassung von Details erforderlich
- Vorschriften konkreter fassen, Catch-all-Regelungen vermeiden: sie überlasten Unternehmen und Kontrollbehörden



- Nur Produkt- und Länderlisten bieten ausreichend Rechtssicherheit, vermeiden Lieferverzug und sichern effektive Exportkontrolle
- EU-Leitlinien sichern EU-intern das „level playing field“

## Internationale Märkte

---

### Bewertung laufender Vorhaben



#### **Strategische Partnerschaft mit China**

Regelmäßiger hochrangiger politischer Austausch +++ Deutsch-Chinesischer Beratender Wirtschaftsausschuss hat zwei Mal getagt +++ Innovationspartnerschaft ins Leben gerufen



#### **Strategische Partnerschaft mit Brasilien**

Partnerschaft durch politische Besuche vertieft +++ Bilaterale Regierungskonsultationen ab August 2015 eingerichtet +++ Verhandlungen über Doppelbesteuerungs- und Freihandelsabkommen stocken jedoch



#### **Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Schwellenländern**

Einige Freihandelsabkommen in Kraft getreten +++ Erfolgreicher Verhandlungsabschluss mit dem Iran eröffnet Chancen im Mittleren Osten +++ Stärkung von Institutionen, Korruptionsbekämpfung und beruflicher Bildung muss im Fokus bleiben



#### **Neue Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung**

Betrachtung Afrikas als Chancenkontinent +++ Ausbau der Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Exportunternehmen bei Geschäften in Subsahara-Afrika +++ Ausbau des Instrumentes der Kammer- und Verbandpartnerschaften

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Politik der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) als Wirtschaftspolitik begreifen

- DBA verschaffen verlässliche Basis für Direktinvestitionen
- Wirtschaftspolitische Dimension von DBA muss oberste Priorität in deutscher Abkommenspolitik erhalten
- Bestehende Lücken im Abkommensnetz (etwa mit Brasilien, Chile oder im afrikanischen Raum) schließen



- Knapp die Hälfte des deutschen BIP ist exportgetrieben
- Stärke des deutschen Exports beruht auch auf dem Netz von gut 90 Doppelbesteuerungsabkommen

### Visapolitik für Geschäftsreisende nach Deutschland vereinfachen

- Visapflicht abschaffen, wo immer möglich und Visabestimmungen vereinfachen, wo immer machbar



- Visa-Hürden verursachen hohe Bürokratiekosten und verhindern Geschäftschancen
- Betroffen sind hier vor allem Länder außerhalb des Schengenraums und außerhalb Nordamerikas
- Insbesondere bei afrikanischen Ländern liegt die Ablehnungsquote von Visaanträgen teilweise bei über 20 Prozent<sup>51</sup>

<sup>51</sup> Bundesregierung (2015). *Visaerteilungen im Jahr 2014*. URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/047/1804765.pdf>. [Aufgerufen am 21.10.2015].

## Entwicklungszusammenarbeit

---

### Bewertung laufender Vorhaben



#### **Dialog zwischen Wirtschaft und EZ**

EZ-Scout und CIM-Programm wurden ausgeweitet +++ Verstärkte politische Flankierung und angemessene Instrumentarien für Kooperationen weiterhin nötig



#### **Gestaltung entwicklungspolitischer Rahmenbedingungen**

Aufbau einer sozialen und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft fördern +++ Gute Regierungsführung stärken +++ Prinzipien der „Paris Declaration“ sind zwingend bei der Vergabe von Budgethilfe anzuwenden



#### **Stärkung des Beitrags der Wirtschaft zu Sustainable Development Goals (SDG)**

Infrastrukturziele etablieren +++ Bisherige Ziele weiterentwickeln



#### **Stärkung entwicklungspolitischer Programme in zentralen Sektoren**

Deutsche Wirtschaft kann wichtigen Beitrag leisten +++ Bereich Infrastruktur findet bisher zu wenig Beachtung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

## Handlungsempfehlungen für die 2. Hälfte der 18. Wahlperiode

### Wirtschaft als Partner der Entwicklungszusammenarbeit begreifen und nutzen

- Expertise von Unternehmen in Entwicklungsländern nutzen
- Angemessene Instrumentarien für Kooperationen stärken
- Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) zur Förderung gemischter öffentlich-privater Investitionsprojekte nutzen
- Nachhaltige Wertschöpfungsketten mit Unterstützung der Industrie etablieren



- Der weltweite Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland betrug 2013 rund 919 Mrd. Euro<sup>52</sup>
- Deutsche Industrie schafft Arbeitsplätze in Schwellen- und Entwicklungsländern durch Ausbildung
- Kooperation zwischen EZ und Wirtschaft stärkt nachhaltig lokale Wirtschaftsstrukturen

### Fluchtursachen bekämpfen

- Gezielt wirtschaftliche Entwicklung und Chancen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern
- Rahmenbedingungen in Herkunftsländern stärken



- Von Januar bis September 2015 haben insgesamt 303.443 Personen in Deutschland Asyl beantragt<sup>53</sup>

### „Gesundheit“ wieder bevorzugt als Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit vereinbaren

- In einer größeren Anzahl von Ländern sollen wieder die attraktiven Finanzierungsinstrumente „Zuschüsse“, zinslose Darlehen und Entwicklungskredite eingesetzt werden können



- Investitionen in Gesundheitssysteme erzielen hohen wirtschaftlichen Nutzen
- „Gesundheit“ ist ein globales Phänomen – Epidemien können weltweite Gefährdungen auslösen

<sup>52</sup> Bundesbank (2015). *Deutsche Direktinvestitionen im Ausland*. URL: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Direktinvestitionen/direktinvestitionen\\_2013.pdf;jsessionid=0000RRSiHjpc5EEcl1u6JthHxpZ:-1?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Direktinvestitionen/direktinvestitionen_2013.pdf;jsessionid=0000RRSiHjpc5EEcl1u6JthHxpZ:-1?__blob=publicationFile). [Aufgerufen am 23.10.2015].

<sup>53</sup> BAMF (2015). *Sehr hoher Asylyzugang im September*. URL: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151007-asylygeschaefststatistik-september.html;jsessionid=BBF29E3B34E2E8D44DC225955D8E55F8.1\\_cid359](http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151007-asylygeschaefststatistik-september.html;jsessionid=BBF29E3B34E2E8D44DC225955D8E55F8.1_cid359). [Aufgerufen am 20.10.2015].

## Impressum

---

### Herausgeber

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
T: +49 30 2028-0  
*www.bdi.eu*

### Gesamtredaktion

RAin Judith C. Nikolay, Referentin  
Dr. Martin F. Meyer, Referent  
Dr. Thomas Koenen, Abteilungsleiter  
Abteilung Strategische Planung und Koordination

Inhaltlich zuständig sind die entsprechenden Fachabteilungen. Die jeweiligen Ansprechpartner finden Sie unter *www.bdi.eu*

### Konzeption & Umsetzung

Sarah Pöhlmann  
Abteilung Marketing, Online und Veranstaltungen

### Druck

Das Druckteam Berlin  
*www.druckteam-berlin.de*

### Verlag

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

### Layout

Michel Arencibia  
*www.man-design.net*

### Stand

3. November 2015  
BDI-Publikations-Nr.: 0037



